

## Grußwort für die Bundesregierung

**Stefan Kapferer, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin**

**W**erwie ich als Vertreter der Bundesregierung das erste Mal die Ehre hat, hier auf dem Steinkohlentag Grußworte überbringen zu dürfen, der sieht sich natürlich am Tag zuvor die Liste der Redner an. Und mit Blick auf die lange Liste der Grußworte und Reden überkommt einen ein gewisses Schaudern, und man fragt sich, wie es immer wieder gelingt, einen solch gut gefüllten Saal vorzufinden. Wenn man dann persönlich erlebt, mit welcher politischer Verve energiepolitische Positionen schon in den Grußworten bezogen werden, dann wird zweierlei deutlich: Zum einen, dass der Steinkohlentag immer noch ein Kernstück, ein Herzstück der energiepolitischen Debatte in Deutschland ist. Und

zum anderen wird deutlich, dass es meinem Minister, dem Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler – der ja für weite Teile der Energiepolitik in Deutschland zuständig ist – sehr gefallen hätte, heute persönlich die Grüße der Bundesregierung zu überbringen. Wenn ich ihm von der Veranstaltung heute Abend berichten werde, wird er sicherlich bedauern, dass er selbst nicht dabei sein konnte. Aber er hat mich natürlich gebeten, Ihnen ein herzliches Glückauf von Seiten der Bundesregierung, des Bundeswirtschaftsministeriums, zuzurufen.

Ich glaube, dass die bisherigen Grußworte gezeigt haben, dass wir nach wie vor wichtige und intensiven Debatten in der Energiepolitik stehen. Man fragt sich schon fast, ob angesichts der Ereignisse der letzten zwei Jahre, also seit Ihrem letzten Steinkohlentag, der zweijährige Rhythmus eigentlich ausreicht. Es ist ja schon angeklungen: es gibt eine Menge an Diskussionsstoff. Aber ich glaube, eines sollten wir auch festhalten: Es ist richtig und sinnvoll, dass wir die Dinge, die wir gemeinsam politisch vereinbart haben, als Grundlage für die weitere Arbeit nehmen. Denn es gibt eine Menge Herausforderungen zu meistern.

Ich finde, mustergültig gelingt dieser Vorsatz, das Vereinbarte dann auch gemeinsam umzusetzen, im Rahmen des Steinkohlefinanzierungsgesetzes und der Rahmenvereinbarung zum Auslaufen des Steinkohlenbergbaus. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Bundesregierung ganz ausdrücklich beim Bergbau, bei der IG BCE und natürlich auch bei den Revierländern für die gute Kooperation bei der Umsetzung dieses Konsenses, den wir unter Schmerzen für viele hergestellt haben. Es ist ja schon mehrfach angesprochen worden, der letzte wichtige Schritt, den wir gemeinsam geleistet haben und abschließend gemeinsam leisten müssen, ist die beihilferechtliche Regelung in



Brüssel. Wir haben die entsprechenden Dokumente inzwischen übersandt und sind guter Dinge, dass die Kommission abschließend ihre Genehmigung ausspricht, sodass wir dieses Projekt gemeinsam zu Ende führen. Ich glaube, dass diese Zusammenarbeit der verschiedenen Beteiligten an dieser Stelle mustergültig für Energiepolitik in Deutschland sein kann. Es könnte auch eine Blaupause sein für die Zusammenarbeit bei der Energiewende.

Es ist deutlich: Wir – Bundestag, Bundesregierung, Bundesrat – haben uns gemeinsam ambitionierte Ziele in der Energiepolitik gesetzt. Wir haben einen klaren gesellschaftlichen Konsens nach den Beschlüssen vom Frühsommer. Das ist der Ausstieg aus der Kernenergie. Aber damit liegen noch wichtige und wegweisende Entscheidungen vor uns.

Niemand wird bestreiten, dass wir ambitionierte Ziele im Klimaschutz, der CO<sub>2</sub>-Reduktion, im Umbau der Industrie in Deutschland zu einer hocheffizienten, umweltfreundlichen Industrie anstreben. Aber jeder weiß, dass es kurzfristige Ziele gibt, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Diese dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten. Das sind die Ziele einer bezahlbaren Energieversorgung in Deutschland und zugleich einer verlässlichen Energieversorgung in Deutschland. Aus Sicht der Bundesregierung und aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums ist eines ganz wichtig: Wir glauben an den Industriestandort Deutschland. Wir wollen ihn in seiner gesamten Wertschöpfungskette erhalten. Dies wird nur gelingen, wenn wir eine sichere, bezahlbare, verlässliche Energieversorgung sicherstellen und wenn wir es auch schaffen, die energieintensiven Industrien im Land zu halten. Deshalb, Frau Ministerpräsidentin Kraft, haben wir natürlich das gemeinsame Interesse in Brüssel, diese Regelungen für die energieintensiven Industrien auf den Weg zu bringen.

Ich will an dieser Stelle sehr klar sagen: Wenn die Voraussetzungen in Brüssel geschaffen worden sind, gibt es kein Finanzierungsproblem. Erstens deshalb nicht, weil die Brennelementesteuer in den allgemeinen Bundeshaushalt fließt und nicht in den Energie- und Klimafonds. Und zweitens, weil die Bundesregierung immer deutlich gesagt hat, dass alle übrigen möglicherweise erforderlichen Mittel, die über die 500 Mio. € hinausgehen, die im Energie- und Klimafonds dafür reserviert sind, aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Zu diesem Bekenntnis steht die Bundesregierung. Insofern müssen wir jetzt nicht zwischen Düsseldorf und Berlin oder zwischen Saarbrücken und Berlin diskutieren, sondern gemeinsam unsere Anstrengungen hochhalten und in Brüssel für diese Position werben. Wie Sie wissen, gibt es in Brüssel eine Reihe von befreundeten Partnern in der Europäischen Union, die nicht über dieselbe industrielle Basis verfügen, wie das in Deutschland der Fall ist. Diese Partner müssen wir – genauso wie die Kommission – überzeugen, um das Projekt voranzubringen.

Wenn wir über Verlässlichkeit, über eine sichere Energieversorgung in Deutschland sprechen, dann sprechen wir natürlich auch darüber, dass fossile Kraftwerke in der näheren Zukunft eine entscheidende Rolle für die Versorgungssicherheit spielen werden. Dieses Bekenntnis muss man, wenn man gemeinsam aus der Kernenergie ausgestiegen ist, unterstreichen. Es wird nicht ohne neue Kraftwerke gehen. Und es wird nicht ohne neue Netze gehen. Denn wenn wir

den steigenden Anteil der erneuerbaren Energien im System einspeisen wollen, dann werden wir dafür zusätzliche Netze brauchen.

Deshalb bekennt sich die Bundesregierung sehr klar zu den derzeit laufenden Vorhaben im Kraftwerksneubau – 10 GW etwa bis Ende 2013, mit einem großen Beitrag in Nordrhein-Westfalen, für den wir natürlich auch sehr dankbar sind. Aber wir gehen davon aus, dass wir bis 2020 noch mal circa 10 GW weiteren Kraftwerksneubau in Deutschland benötigen. Ich bitte Sie sehr herzlich und eindringlich darum, gemeinsam mit der Politik auch in der Gesellschaft dafür zu werben. Das ist das eine, dass es den Ausstieg aus der Kernenergie nicht geben kann ohne das andere, nämlich ein klares Bekenntnis zur Infrastruktur in Form von Netzen und zum Kraftwerksneubau. Alles andere würde dem St.-Florians-Prinzip folgen. Man muss also beide Facetten der Energiewende klar im Blick behalten.

Weil wir wissen, dass die fossilen Energieträger auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen, gibt es ein klares Bekenntnis zu der Zielsetzung, Kohle auch zukünftig in diesem Prozess zu nutzen. Damit ist klar, dass es auch das Ziel gibt, die Kohle sauberer zu machen, diesen Energieträger noch wirkungsvoller einzusetzen, als es heute schon möglich ist, und damit die Akzeptanz für die Kohle hochzuhalten.

Dazu gehört auch das Thema Wirkungsgrad bei Kraftwerken. Sie wissen, dass dies ein zentraler Bestandteil des Energieforschungsprogramms der Bundesregierung ist, für den wir uns massiv – auch finanziell – engagieren. Dazu gehört natürlich das Thema Kraft-Wärme-Kopplung. Wir haben im Sommer im Rahmen der Energiewende den Beginn von Fördermaßnahmen schon über 2016 bis 2020 verlängert. Aber selbstverständlich brauchen wir weitere Maßnahmen zur Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung. Deshalb arbeiten wir gerade an einer Novelle des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes, die 2012 das parlamentarische Verfahren durchlaufen wird.

Dazu gehört weiter die Frage, mit welchen technologischen Maßnahmen wir sonst noch etwas erreichen können. Es ist klar, worauf ich anspiele: das CCS-Gesetz. Ich habe das klare Bekenntnis zur CCS-Technologie, Frau Ministerpräsidentin Kraft, in Ihrer Rede wahrgenommen. Ich freue mich darüber. Und ich hoffe, dass es gelingt, dass Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat jetzt im Vermittlungsverfahren gemeinsam hier weiterkommen. Wir glauben nach wie vor, dass es notwendig ist, dass in Deutschland ein solches Demonstrationsvorhaben möglich ist. Sie wissen, dass wir uns als Bundesregierung wünschen, dass wir mindestens zwei von den zwölf Vorhaben, die europaweit gefördert werden sollen, auch in Deutschland durchführen können. Wir glauben, dass dies eine wichtige Möglichkeit ist. Deshalb mein herzlicher Appell von dieser Seite an die Länder, gemeinsam mit den Vertretern des Bundestags und der Bundesregierung nach einer Lösung zu suchen, damit wir dieses Gesetz gemeinsam zum Abschluss bringen können.

Es ist zweifelsfrei so, dass das, was wir gemeinsam beschlossen haben, in beiden Bereichen, die ich genannt habe, Chancen bietet für Deutschland. Natürlich wird es auch andere Länder geben, die auf technologische Entwicklungen, die den Einsatz der Kohle wirkungskräftiger und sauberer machen, schauen werden. Natürlich wird es Länder geben, die beobachten, was Deutschland im Bereich der er-

neuerbaren Energien an Innovationen hervorbringt. Und natürlich wird alles dies auch zusätzliche Exportchancen liefern.

Deshalb glaube ich – und das möchte ich als letzten Appell von Seiten der Bundesregierung zum Abschluss sagen –, dass wir gut beraten sind, gemeinsam auf der Basis des jeweiligen gefundenen Konsenses die Herausforderung anzunehmen, verschiedene Möglich-

keiten zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Aber wir sollten nicht in die Vergangenheit schauen, sondern nach vorne, welche Chancen für Deutschland entstehen. Dann bin ich ziemlich sicher, dass auch der Steinkohlentag 2013 wieder eine Menge Gesprächsstoff für Sie alle bietet.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit! Glückauf für die Veranstaltung!

---